

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-spaltige Nonpareilzeile oder deren Raum mit 50 Pfg., die Reklamezeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Vertretung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 80 Nastätten, Samstag, den 9. Juli 1921 44. Jahrgang

Der Osten.

Der europäische Osten ist der Boden, aus welchem die nächste große politische Frage herauswachsen wird. Das kann noch einige Jahre dauern und wird nicht alle Völker unseres Erdteils interessieren. Ganz gewiss aber ist, daß sich bald die Notwendigkeit ergeben wird, die wirtschaftlichen Angelegenheiten neu zu regeln, und die sind sehr bedeutsam für die industrielle Arbeit und die Ernährung von ganz Europa. Politisch werden die Zukunftsmöglichkeiten im Osten von Rußland und Polen beeinflusst, an dem Handel mit industriellen Fabrikaten und Lebensmitteln haben auch Ungarn, Südslawien und Rumänien bedeutenden Anteil. Mit Ausnahme von Ungarn herrscht in allen diesen Ländern eine weitverbreitete und stellenweise bis zum Hals gehende Abneigung gegen Deutschland. Aber Deutschland ist ein Reich von 61 Millionen Menschen, es ist der natürliche Käufer der landwirtschaftlichen Erträge des Ostens. Und es war vor dem Kriege auch sein gesuchtester Lieferant in Maschinen und sonstigen Fabrikaten aller Art.

Wie bekannt, haben englische und deutsche Großfirmen bereits begonnen, die industriellen Lieferungen nach Rußland wieder aufzunehmen. Die politischen Gegensätze, die Sowjet-Rußland von den Anschauungen in London und Berlin trennen, haben doch nicht verhindern können, daß man sich von Moskau aus wegen des Bezuges von Fabrikaten, die zum Leben so nötig sind, wie das Brot, an das Ausland wendete, dem man sonst Beach und Schwefel wünschte. Und dieser Bedarf an Waren wird wachsen, da die Sowjetleute die heimische russische Arbeit ruiniert haben. Was man kauft, muß bezahlt werden, und in diesem Falle vorher, denn auf Kredit kann Rußland keinen Anspruch bei seinen heutigen Zuständen erheben. Der Goldschatz in Moskau ist größer, als das übrige Europa annimmt, aber aus ihm können nicht dauernd die wirtschaftlichen Käufe gedeckt werden. Das Gold gebrauchen die Machthaber in Moskau auch zur Erreichung ihrer politischen Ziele. Es ist also in nicht mehr ferner Zeit ganz selbstverständlich, daß Rußland mit seinen eigenen Erzeugnissen bezahlen, das heißt, daß die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln wieder beginnen muß, für die Deutschland der nächste und zugleich größte Abnehmer ist. Das wird einen wesentlichen Nutzen haben werden, ist nicht zu bestreiten, und deshalb können wir auch entsprechend zahlen, was uns um so leichter wird, als unsere Valuta doch noch himmelhoch über der russischen steht.

Ein neuer Weg.

Die Garantiekommision der Entente, welche die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Erfüllung des Ultimatum prüfen soll, hat, wie mitgeteilt wird, eine Anzahl von Vorschlägen gemacht, unter welchen sich als wichtigster derjenige befindet, der ein eventuelles Fallenzulassen der 20prozentigen Ausfuhrabgabe in Aussicht nimmt. Diese Abgabe sollte dazu dienen, die deutschen Zahlungen zu verbürgen. Man hat aber erkannt, daß sie mehr noch die Folge haben wird, die deutschen Fabrikate zu verteuern, die Entente würde sich also beim Bezug deutscher Waren ins eigene Fleisch schneiden. Und die Warenlieferung wird nun einmal beim Abtragen unserer Kriegsschuld die Hauptrolle spielen, denn die Unsumme von 132 Milliarden in Gold oder Wertpapieren zu zahlen, ist schlechterdings unmöglich. Schon heute zeigt sich, daß die Jagd, die Deutschland nach amerikanischen Werten macht, diese in ihrem Kurs so in die Höhe treibt, daß der Dollarkurs allen Staaten ihren Import aus den Vereinigten Staaten verteuert. Andererseits liegt auch den Vereinigten Staaten nichts daran, die deutschen Schuldzinsen fortgesetzt in Zahlung zu nehmen, sie haben drüber hochverzinstliche Papiere genug. Aus den Tatsachen folgt schon heute, daß die Bestimmungen des Ultimatum nicht mit den Verhältnissen des praktischen Lebens in Einklang bringen lassen, das gegen die politischen Machtziele, von welchen das Ultimatum diktiert worden ist, opponiert. Deutsche Arbeitsleistungen müssen den Hauptbetrag zur Tilgung unserer Kriegsschuld bilden, mag der Entente auch in späteren Jahren die fortgesetzte starke Einfuhr von Waren und Fabri-

laten gerade nicht angenehm sein. Damit wir viele Arbeitswerte liefern können, muß unsere Produktionsfähigkeit erhöht werden, und das einfachste Mittel dazu wäre, unsere Laiten zu erleichtern, womit auch der tief gesunkene Stand der Mark wieder emporzuschwelen würde.

Die Ententekommision hat recht, wenn sie die Befestigung des deutschen Defizits als eine Vorbedingung für die Verringerung unserer Valuta bezeichnet. Und die Voraussetzungen dieser Vorbedingung sind natürlich große Sparsamkeit und noch mehr Steuern. Die Herren von der Entente scheinen die Absicht zu haben, uns gute Ratsschläge darüber geben zu wollen, aber sie vergessen, daß sie sich dabei im Kreise bewegen würden. Denn da der Hauptgrund unserer riesigen inneren Ausgaben und des Defizits die große Teuerung aller Lebensbedürfnisse und Lebensmittel ist, so müssen erst die Preise abgebaut werden, bevor wir wirklich sparen können, und für diesen Abbau der Preise ist wieder die bessere Valuta Vorbedingung. Es geht also im Kreise herum, und die ungelöste Frage bleibt, wo Herab Kwanzakreis zu forcieren ist.

Neue Gefahr.

Der vierte Aufstand in Sicht. Immer deutlicher zeigt sich, daß der Aufstand der polnischen Insurgenten nur ein scheinbarer ist zu dem Zwecke, den deutschen Selbstschutz aufzulösen. Polnische Banden rauben und drangsalieren die Deutschen des Reichs weiter. Am Tage verbergen sie sich in den Wäldern. Die deutsche Bevölkerung flieht in Massen nach dem Westen. Das ist die Absicht Korsanits, der den vierten Aufstand vorbereitet. Jenseits der Grenze halten die Insurgententruppen in geschlossenen Verbänden Übungen ab. Sie sind jeden Augenblick schlagbereit. Der 17. Juli soll den vierten Aufstand mit einem Generalstreik einleiten. Die Ortswehren werden lediglich von Insurgenten gebildet. Sogar der englische Kreisinspektleur von Lublin hat die Teilnahme der Deutschen an den Ortswehren verboten. Allen deutschen Warnungen gegenüber bleibt die P. A. taub.

Weitere Gewalttaten.

Die Insurgenten der Emma, Anna- und Reinergrube in Rybnik haben die Rückkehr der deutschen Arbeiter verboten. Da auch die Beamenschaft ihre Tätigkeit nicht ausüben kann, droht die Einstellung der gesamten Betriebe. Die P. A. ist um militärischen Schutz gebeten worden. Deutlich Ratowitz herrschen die Insurgenten voll bewaffnet weiter. Die Verschleppungen und Mißhandlungen der Deutschen nehmen in Königshütte überhand. Im Siemianowitzer Schloß bei Laurahütte hat eine Verbrechenkammer in Marineuniform eine Folterkammer eingerichtet, in der die Deutschen bestialisch mißhandelt werden.

Wie gespannt die Stimmung im Industriegebiet ist, zeigt ein bedauerlicher und nach den bisherigen Meldungen ungeheurerlicher Zwischenfall in Beuthen. Beim Einzug der Franzosen und Engländer am Mittag des 4. Juli lang die Bevölkerung, die die Franzosen schweigend hatte vorbeimarschieren lassen, vaterländische Lieder, als die Engländer einzogen. Das ergrimmte die Franzosen derart, daß sofort die französische Wache aus der neuen Kaserne ausrückte.

Pöblich fielen Schüsse, durch die ein französischer Major erschossen und mehrere Franzosen verwundet sein sollen. Daraufhin rückten die Franzosen auf neue gegen die Menge vor, die sich um die verletzten Zivilisten bemühte. Dabei kamen Frauen und Kinder ums Leben. Kurz nachher wurden 20 Bürger der Stadt als Geiseln festgenommen, unter ihnen die beiden Bürgermeister.

Belagerungszustand in Beuthen.

Infolge der Vorgänge beim Einzug der Alliierten ist über Beuthen der verhängste Belagerungszustand verhängt. Die Stadt ist völlig abgesperrt, die Straßen dem beschränkten Verkehr nur von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends freigegeben. Weitere Verhaftungen sind von den Franzosen vorgenommen worden. Außer dem französischen Major wurden am 4. Juli vier Deutsche und ein Mädchen ge-

tötet. Die zuständigen alliierten Behörden warnen vor Ansammlungen. Die Bürgermeister der Stadt sowie die deutschen Parteien und Gewerkschaften fordern die Bevölkerung eindringlich auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Bezüglich der Verhaftung des Redakteurs der Ostdeutschen Morgenpost hat der Verband der schlesischen Presse die P. A. aufgefordert, die Verletzung unverzüglich zu veranlassen.

Der Zwischenfall von Beuthen — eine polnische Provokation.

Beuthen, 6. Juli. Der Zwischenfall von Beuthen war erwiesenermaßen von polnischer Seite provoziert. Der Vorkrieg der polnischen „Grenzzeitung“ bezeichnete in einer privaten Äußerung den Vorkrieg als „sehr gut inszeniert“. Der deutschfreundliche französische Major Monte d'Almeida fiel durch die Kugel eines polnischen Insurgenten.

Teilungspläne Oberschlesiens.

Sieben verschiedene Vorschläge. Wieviel Kopfzerbrechen den Alliierten die Entscheidung über Oberschlesien bereitet, zeigt die Tatsache, daß bereits sieben verschiedene Vorschläge für die neue deutsch-polnische Grenze gemacht worden sind. Man sucht verweiseit nach einer Lösung, die die Ungerechtigkeit gegen die Oberschlesier und Deutschland nicht allzu stark erkennen läßt, andererseits aber auch den Polen einen möglichst großen Teil des wichtigen Industriegebietes in die Hände spielt. Um dieses Gebiet, das die sieben Kreise Beuthen-Stadt und Land, Ratowitz-Stadt und Land, Königshütte, Gleiwitz und Hindenburg umfaßt, geht vor allem der Streit. Die beiden ersten Grenzlinien, die Korsanits und die Le-Mond-Linie, die ziemlich übereinstimmend das ganze Industriegebiet den Polen zuteilen möchten, kommen heute wohl kaum noch in Frage. Eine besonders wichtige Rolle dagegen haben bis heute die Linien gebildet, die der Graf Sforza ausgearbeitet hat und die infolgedessen nach ihm benannt sind.

Beide teilen den Polen die zwei südlichen Kreise Pleß und Rybnik, die für sich allein eine polnische Mehrheit ergeben haben, zu. Dazu tritt ein bedeutender Streifen des östlichen Industriegebietes, nämlich entweder Teile der Kreise Ratowitz und Hindenburg, die Kreise Ratowitz und Königshütte und Teile der Kreise Beuthen und Tarnowitz, oder bei der zweiten Linie für den Deutschland zugewiesenen Kreis Königshütte und Teile des Kreises Ratowitz und Beuthen die Eisenbahnlinie nach Rosenberg-Praszk in der jetzigen Grenze mit dem östlich von ihr gelegenen Gebiet. Die englische Linie, von der seit längerem nur wenig die Rede ist, würde den Polen außer Pleß, Rybnik und Ratowitz noch einen kleinen östlichen Gebietstreifen, nach Norden verlängert, zusprechen. In diesen bisherigen Plänen sind nun zwei neue Vorschläge getreten. Von Seiten der französischen Regierung soll jetzt eine neue Grenzlinie ausgearbeitet sein, die sich etwa mit der zweiten Sforzalinie decken würde. Danach würden die Kreise Hindenburg, Königshütte und die Stadt Ratowitz Deutschland verbleiben, während die Polen von Tarnowitz bis Rosenberg einen breiten Landstreifen außer den südlichen Gebieten von Pleß und Rybnik erhalten würden. Es scheint, als ob dieser Vorschlag von der französischen Regierung jetzt vertreten werden soll. Der letzte Vorschlag, der ebenfalls aus französischer Quelle stammt, will ursprünglich die Kreise Pleß, Rybnik, Königshütte, Ratowitz und Beuthen von Oberschlesien abtrennen. Es sollen aber aus Grund des Abstimmungsresultates Königshütte und Tarnowitz zwischen Deutschland und Polen ausgetauscht werden. Das Resultat davon wäre, daß die Polen von den sieben Industriezonen fünf, und zwar gerade die wichtigsten und zukunftsreichsten, erhalten würden. Aus alledem geht hervor, daß Deutschland sich mit keiner dieser Grenzlinien einverstanden erklären könnte.

Das neue Steuerprogramm.

Insgesamt 80 Papiermilliarden Sollertrag. Die Verhandlungen des Reichskabinetts über das Steuerprogramm zur Deckung der Kosten des Ultimatum, die

wochenlang dauerten, haben jetzt endlich zu einer Einigung geführt. Am Mittwoch vormittag berietete der Reichskanzler Brüch vor dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats über das Ergebnis dieser Verhandlungen, am Nachmittag erläuterte er dasselbe Programm vor dem Reichstag. Die Grundzüge des neuen Steuerprogramms sind ungefähr folgende:

Der Gesamtbeitrag der aufzubringenden Steuern wird auf 80 Milliarden Papiermark jährlich geschätzt. Diese große Summe soll ungefähr zu gleichen Teilen durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht werden.

Bei den direkten Steuern handelt es sich hauptsächlich um einen Ausbau der Besitzsteuern. Es gehören hierher: Verschärfung der Einkommensteuer, Erhöhung der Körperschaftsteuer, Kapitalertragssteuer, Kapitalverkehrssteuer, Erbschaftsteuer, Vermögenszuwachssteuer und „Veredelung“ des Reichsnotopfers, dessen Einziehung auf zehn Jahre zusammengeändert und dessen Bemessung nach Gegenwert (bei zwijähriger Revision des Markkursstandes) erfolgen soll. Der Gesamtbeitrag dieser direkten Steuern wird auf 40 Milliarden Papiermark geschätzt.

Unter die indirekten Steuern fallen die Steuern auf Getränke und Tabak, die zwar nicht erhöht werden sollen, deren Erleichterungen aber wegfallen sollen, ihr Jahresertrag wird auf 5 bis 6 Milliarden geschätzt. Ferner gehören dazu Erhöhung der Umsatzsteuer von 1,5 auf 3 Prozent, mäßige Erhöhung der Kohlensteuer, Verbrauchsteuer, Zündholzsteuer und einige andere kleine Steuern. Deren Jahresergebnis wird mit etwa 32 Milliarden angenommen.

Das sind die Grundzüge des neuen Steuerprogramms, auf die man sich im Reichskabinetts schließlich geeinigt hat. Wie man sieht, hat man die Schwierigkeiten, die sich aus den verschiedenen gegenfälligen Auffassungen ergeben, dadurch zu überwinden gesucht, daß man für die direkten wie für die indirekten Steuern ungefähr gleich hohe Erträge veranschlagte.

Der Ausbau der Wasserstraßen.

Reichsverkehrsminister Groener auf dem Münchener Großschiffahrtstag.

In München wurde Montag die Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnenschiffahrt, des Main-Donau-Stromverbandes und des Deutsch-österreichisch-ungarisch-schweizerischen Verbandes für Binnenschiffahrt eröffnet. Die entscheidenden Beschlüsse, die sie für das Projekt der großen Schiffsfahrtsstraßen Rhein-Main-Donau und der damit zusammenhängenden Fragen fassen soll, und die Zahl ihrer Teilnehmer geben der Tagung größte Bedeutung. Dies betonte auch Ministerpräsident von Sahr in seiner Begrüßungsrede, der auf die Bedeutung hinwies, die der Tagung durch den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich geworden ist. Den Höhepunkt der Tagung bildeten die Ausführungen des Reichsverkehrsministers Groener, der sagte, das Reich werde die Wasserstraßenfrage aus der Ueberzeugung heraus fördern, daß eine einseitige Eisenbahnpolitik vollständig verkehrte Verkehrspolitik wäre. Gerade von Bayern aus sei der Plan der Verbindung der großen

Ströme Europas ausgegangen. Bei der Verwirklichung dieses Planes müsse der Grundcharakter des gemeinschaftlichen Unternehmens durchgeführt werden. Die neue Reichsregierung werde die Großschiffahrtspäne mit aller Kraft fördern. Sie seien eines der größten Kulturwerke der Gegenwart. Die gegenwärtige Tagung sei geeignet, das Verständnis für diese modernen Verkehrspläne in alle Welt hinauszutragen. Unser Verkehr müsse zur höchsten Leistungsfähigkeit im Interesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung gesteigert werden. Bei den süddeutschen Strömen und Flüssen sei der Ausbau durch die Gewinnung der Wasserkraft wirtschaftlich auf einer gesunden Grundlage möglich. Am Nachmittag hatte Minister Groener eine längere Aussprache mit Ministerpräsident Sahr über alle die bayerischen Verkehrs- und Wasserstraßen-Interessen betreibenden Fragen.

Der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozess.

Das Plaidoyer des Oberreichsanwält. Nach Schluss der Beweisaufnahme ergriff der Oberreichsanwalt das Wort zur Anklagerede. Er betonte, daß keiner der bisherigen Prozesse so viele Schwereitäten geboten habe wie der heutige, da die Zeugnisaussagen sich diametral gegenüberstünden. Er sei fest überzeugt, daß der fragliche Befehl von General Stenger nicht gegeben sei. Die Anklagen des Majors Crusius seien objektiv falsch anzusehen. Major Crusius habe den angeblichen Befehl weitergegeben, er habe auch selbst auf Vermordete geschossen. Man müsse die Frage betonen, ob Crusius das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe, da selbst Soldaten sich geweigert hätten, den Befehl auszuführen. Der Angeklagte habe sich der Anführung zur Tötung und der verübten Tötung schuldig gemacht. Zum mindesten läge auch eine grobe Fahrlässigkeit vor. Crusius sei am fraglichen Tage nicht zurechnungsfähig gewesen. Da mildere Umstände wohl nicht verfaßt werden könnten, beantrage er eine Gesamtstrafe von zwei Jahren, sechs Monaten Gefängnis für den Angeklagten, gegen Stenger beantrage er Freisprechung.

Die Plaidoyers der Verteidiger. Die Verteidiger des Majors Crusius legen in längeren Ausführungen dar, daß das Völkerrecht überhaupt nicht mehr als bestehend hätte gelten können, nachdem die Franzosen die Nettoyours eingeführt hätten. Es sei doch recht merkwürdig, daß ein Mann, der alles für sein Vaterland einsetzt habe, mit Verbrechern auf gleiche Stufe gestellt werde. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Befehls wären bei Crusius geschwunden, als er sah, daß sein Bataillonchef Müller den Befehl ausführte. Fahrlässige Tötung wäre undenkbar. Infolgedessen müsse Freisprechung erfolgen. General Stenger, der sichtlich erregt war, sprach seine Genugtuung darüber aus, daß es ihm unmöglich sei, die schimpflichen Anschuldigungen zurückzuweisen. Er habe niemals das Völkerrecht verletzt und kein Verbrechen begangen. Er beantrage eine Ehrenklärung.

Major Crusius beteuerte, daß er stets in gutem Glauben gehandelt habe, und bat für den Fall der Verurteilung um Züchtigung mildernder Umstände und Anrechnung der Untersuchungsfrist. Dann wurde die Verhandlung geschlossen und auf Mittwoch verlag.

Vorspiel zum U-Boot-Prozess Boldt. In London wurde vom englischen Richter ein Mann der Besatzung des englischen Hospitalschiffes „Landoverry Castle“ wegen der bevorstehenden Prozesse gegen die Oberleutnants Boldt und Dittmar vernommen. Von den 250 Mann der Besatzung wurden nur 20 gerettet. Der Zeuge sagte aus, daß die Rettungsboote nach dem Untergang des Schiffes von dem U-Boot gerammt werden sollten und beschossen worden seien. 20 Mann seien nur entkommen und nach 36 Stunden von einem englischen Kriegsschiff aufgenommen worden. Verschiedene der flüchtenden Boote seien gesenkt. Das Hospitalschiff habe nicht an Bord gehabt, was seinen Bestimmungen als Lazarettschiff widersprochen hätte.

Presse und Wiederaufbau. Der Hamburger Preisetag. Am Montag schloß der diesjährige Delegiertentag des Reichsverbandes der deutschen Presse in Hamburg seine sachlichen Beratungen ab. Der alte Vorstand mit dem Hauptgeschäftsführer Abg. Heinrich Rippel an der Spitze wurde wiedergewählt. Am Schlusse der Sitzung wurde einstimmig eine Entschiedenheit gegen die Sanktionen und eine über Oberbefehle annehmen-

nommen, in der gefordert wird, daß das seit 800 Jahren deutsche Land ganz und ungeteilt bei Deutschland bleibe. Dann folgte für die Teilnehmer des Kongresses eine Rundfahrt durch den Hafen und am Abend fanden sie sich in dem herrlich an der Elbe gelegenen Park-Hotel in Nienstedten an, wo ein Empfang durch den Hamburger Ausschuh für Wiederaufbau stattfand. Direktor Suldermann von der Hamburg-Amerika-Linie begrüßte namens des Hamburger Ausschusses für Wiederaufbau der Friedenswirtschaft die zahlreich erschienenen Delegierten und die Vertreter der Reichsregierung und der Hamburger Regierung, insbesondere den Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau.

Im Namen des Reichsverbandes antwortete ihm Professor Dr. Jung-Abin. Der Präsident der Hamburger Handelskammer, Senator Wittboest, sprach ausführlich über den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft. Seine Ausführungen wurden durch Chefredakteur Abg. Veder-Verlin ergänzt. Nach ihm ergriß der frühere Reichskanzler Fürst Bülow das Wort. Er verweilte im Zusammenhang mit den wichtigen Aufgaben der Gegenwart besonders bei Hamburg und führte in schönen Worten aus, daß es namentlich dann gelte, zusammenzuhalten, wenn es Deutschland schlecht ginge. Die Hauptrede des Abends hielt der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau.

Er führte u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaues ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, dem Problem, das nicht gelöst werden kann durch die Mittel der Politik, sondern nur von den Völkern selbst. Es handelt sich darum, einen Kontinent wieder herzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalsgemeinschaft des ganzen Kontinents erkannt wird. Verflochten sind die Länder zunächst durch die Kette ihrer materiellen Verflechtung. General-Läubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner Deutschland, und zwischen ihnen sind sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger jeder dem anderen verpflichtet und verbunden. Mit jedem Kettenglied, das bricht, bricht die Kette. Weiterhin aber sind die Länder verpflichtet durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Minderwertig ist das Geld aller europäischen Staaten. Die Weltwirtschaft würde noch tieferem Ruin als bisher angetrieben, wenn von Deutschland Geld statt Sachleistung gefordert wird.

Die Rede Rathenaus wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die ganze Feier nahm einen durchaus würdigen Verlauf und zeigte, welche Bedeutung der deutschen Presse für die Wiederaufbauarbeit am Vaterlande von allen maßgebenden Stellen zuerkannt wird.

Die Invalidenversicherung. Erhöhung der Beiträge und Leistungen. Bei der Beratung der Neuregelung der Leistungen und Beiträge der Invalidenversicherung im Sozialen Ausschuh des Reichstages beantragten die Sozialdemokraten die Bildung folgender Lohnklassen nach dem Jahresarbeitsverdienst: Lohnklasse 1 bis 1000 Mark, Lohnklasse 2 bis 3000 Mark, Lohnklasse 3 bis 5000 Mark, Lohnklasse 4 bis 7000 Mark, Lohnklasse 5 bis 9000 Mark, Lohnklasse 6 bis 12 000 Mark, Lohnklasse 7 bis 15 000 Mark und Lohnklasse 8 über 15 000 Mark. Dieser Antrag wurde angenommen. Als Beiträge wurden festgesetzt: Für Lohnklasse 1: 3,50 Mark, für Lohnklasse 2: 4,50 Mark, für Lohnklasse 3: 5,50 Mark, für Lohnklasse 4: 6,50 Mark, für Lohnklasse 5: 7,50 Mark, für Lohnklasse 6: 8 Mark, für Lohnklasse 7: 10,50 Mark, für Lohnklasse 8: 12 Mark.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Karsten (U. S.), wonach als Beitragswochen der Lohnklasse 2, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, die vollen Wochen angerechnet werden, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- und Kriegszellen militärische Dienstleistungen verrichtet hat oder wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich hierbei um künftige militärische Dienstleistungen handelt, während für die früheren Kriegsteilnehmer die Uebergangsbestimmungen des Gesetzes gelten.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Invalidenversicherung wurde im übrigen wesentlich gemäß der Regierungsvorlage vom Ausschuh angenommen.

Ein Antrag zur Angestelltenversicherung. Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei haben einen Gesetzentwurf als Initiativantrag eingebracht, der die dringendsten Forderungen zur Gesunderhaltung der Finanzen der Angestelltenversicherung erfüllen und eine geordnete Sicherstellung angemessener Versorgung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invalidität, sowie für den Fall des Todes den Hinterbliebenen gewährleisten soll.

Deutscher Reichstag. - Berlin, 5. Juli 1921. Heute ist Dienstag, also wieder zunächst die üblichen „kleinen Anfragen“. Dann folgen allerhand geschäftsordnungsmäßige Kleinigkeiten, ehe man zur 2. Lesung des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung übergeht. Wie Abg. Erkelenz (Dem.) als Ausschuhberichtersteller mitteilt, soll die Beihilfe für Empfänger von Ruhegehalt monatlich 70 Mark, für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente monatlich 75 Mark und für Empfänger einer Waisenrente monatlich 80 Mark betragen. Der Ausschuh hat einen neuen § 4a eingefügt, wonach die laufenden Leistungen der Erbschaften unverzüglich soweit erhöht werden müssen, daß sie den reichsgesetzlichen Leistungen unter Hinzurechnung der Beihilfe gleichwertig sind. Ein Antrag der Regierungsparteien fordert Streichung dieses § 4a, da der Reichsrat sich dagegen erklärt hat.

Ferner liegt ein Kompromissantrag der Regierungsparteien vor, der bis zur endgültigen Neuregelung der Angestelltenversicherung folgende drei neue Gehaltsklassen der Versicherungspflicht bis zu einem Einkommen von 30 000 Mark jährlich festsetzt. Es sollen folgende Beiträge gezahlt werden: Gehaltsklasse A (5000—10 000 Mark) 33,20 Mark, Gehaltsklasse B (10 000—15 000 Mark) 40 Mark, Gehaltsklasse M (15 000—30 000 Mark) 46 Mark. Dieser Antrag soll am 1. August in Kraft treten, die Bestimmung über die Rentenempfänger vom 1. Januar 1921 ab.

Um diese Anträge entspinnt sich natürlich eine heftige Debatte. Die Angestelltenführer der Rechten Lambach (Dnal.) und Thiel (D. Vp.) wenden sich gegen die Art, wie die Sozialdemokraten die Novelle zur Angestelltenversicherung behandelt haben. Sie befürchten ein Ueberwuchern der Sozialistenherrschaft in der Angestelltenversicherung oder gar ein Aufgehen in der Arbeiterversicherung. Zukunftsansichten, die der Kommunist Bark gerade herbeiwünscht, der übrigens, mit Ausnahme der Beihilfen für die Rentner, natürlich alles ablehnt. Der Sozialdemokrat Hoch, der gegen die Rechte polemisiert, weist darauf hin, daß es sich hier um ein Provisorium handelt, er tritt ebenso wie der Unabhängige Karsten für den Entwurf ein.

Abg. Andre vom Zentrum und der Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) weisen auf die mangelhafte Vorbereitung des Antrages

hin, es müsse aber schnell ein Provisorium geschaffen werden. Nachdem der Demofrat Erkelenz noch einmal für das Provisorium eingetreten ist, erfolgt die Abstimmung. Der Antrag über die Beihilfen der Rentenempfänger wird unter Streichung des § 4a, der Kompromissantrag zur Angestelltenversicherung in 2. Lesung angenommen.

Es folgen dann eine Anzahl bei der Etatsberatung zurückgestellte Abstimmungen. U. a. wird das Wehrmachtsverförgungsgesetz in 3. Lesung angenommen. Darauf beschäftigt man sich mit den Interpellationen über den Fall Jagow. Die Interpellation der Regierungsparteien begründet Abg. Dr. Spahn (Str.). Der Reichsjustizminister hätte im Reichstag erklärt, Jagow — der während des Kapp-Aufstandes als Minister des Innern eine Gastrolle gegeben hatte — könne gerichtlich nicht verfolgt werden, weil er krank und sein Aufenthaltsort unbekannt sei. Dagegen habe Jagow öffentlich erklärt, daß er gesund sei, und auch seine Wohnung in Potsdam mitgeteilt, wo er ganz offen und bei der Polizei angemeldet wohnte.

Dr. Rosenfeld (U. S.) begründet die von seiner Partei eingebrachte Interpellation, die der Justiz Parteilichkeit vorwirft. Gegen Arbeiter gehe man auf das Schärfste vor, während Leute wie Jagow möglichst schonend behandelt würden. Reichsjustizminister Schiffer teilt darauf mit, daß er sich damals bei seinen Angaben geirrt habe. Er habe nicht gewußt, daß damals Jagows Vernehmung vom Reichsgericht bereits beendet sei. Nicht Jagows angebliche Krankheit sei der Grund, daß er noch auf freiem Fuße sei, sondern lediglich die Erwägung, daß kein Mordverdacht vorliege, der eine Inhaftierung begründe. Das Reichsgericht habe alles getan, was es tun konnte, als Ergebnis der Voruntersuchung, die am 10. Juni abgeschlossen wurde, liegen 10 Aktenbände vor; deren Verarbeitung zur Anklageschrift nehme noch 8—10 Tage in Anspruch. Der Minister bebauert, daß aus diesem Anlaß so heftige und unberechtigte Angriffe gegen die Justizbehörde gerichtet wurden, und verspricht nochmals, daß alles zur Aufklärung des Falles geschehen soll.

— Berlin, 6. Juli 1921. Der Reichskanzler über Deutschlands Finanzen. Erst zum 11. Punkt der Tagesordnung ergriff der Reichskanzler und Finanzminister Dr. Wirth das Wort zu der großen Steuerrede. Im ersten Teil seiner langen Rede beschäftigt er sich mit den finanziellen Voraussetzungen unserer heutigen Wirtschaftslage. „Unser ordentlicher Etat“, so betont der Kanzler, „weist 48,5 Milliarden Ausgaben aus, darunter 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 wies noch die Summe von 59 Milliarden Mark auf, darunter 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages und 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden werden benötigt für Lebensmittelzuschüsse, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau und einige andere Zwecke. Dieser außerordentliche Etat muß so rasch wie möglich abgebaut werden.“

Das gleiche Schicksal hat der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Nach einer kleinen Debatte, in die außer weiblichen Parlamentsmitgliedern auch der Reichsarbeitsminister eingreift, wird die Vorlage in 2. Lesung angenommen. — Die zurückgestellte Abstimmung zum Falle Jagow, in der über das kommunizistische Mißtrauensvotum gegen Reichsjustizminister Schiffer entschieden werden sollte, ergibt die Ablehnung des kommunizistischen Antrages. Das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung wird angenommen. Der Reichskanzler weist die deutsche Öffentlichkeit auf die verhängnisvollen Folgen der Geldwertminderung hin. Rede

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Mosner. Nachdruck verboten. Und da schloß er wieder den Blick des Geheimrates, sah diese dunkelen, runden Augen, die durch die schwarzen Brillengläser etwas so Klammerndes erhellten, auf sich gerichtet. „Herr von Vassenheim, was Sie da sagen, kann wahr sein, verzeihen Sie, aber, wie die Dinge liegen, kann ich mich mit dieser einfachen Erklärung nicht begnügen.“ „Was wollen Sie?“ „Mit welchen Herren haben Sie gesprochen?“ „Ich weiß es wirklich nicht mehr recht.“ Hastig, abtuend, ohne Besinnung war das hervorgehoben. „Sie wissen es nicht mehr?“ „Nebenfalls — ich bin Ihres Anwaltierens reichlich müde und verwirre die Auskunft.“ Der Geheimrat bewegte nur leicht den Kopf und wandte sich mit einem Achselzucken ab. „Sie werden diese Auskunft an der zuständigen Stelle Ihres Agenten abschließen doch wohl abgeben müssen.“ „Lachte er. Da fuhr der Mittelmeister aus seiner mühsam noch bewahrten äußeren Ruhe auf: „Sie zweifeln an meinen Worten? Sie sind wohl verrückt, Herr — ah —“

Aber der Geheimrat wiegte nur den Kopf. „Herr von Vassenheim — können Sie mir Ihr Ehrenwort geben, daß Sie die Wahrheit gesprochen haben?“ „Mein Ehrenwort!“ Und der Mittelmeister, der bleich bis in die Schläfen geworden war, so daß sein sonst brünettes Gesicht beinahe gelb erhellte, hob seine Hand. Mechanisch hob er sie — sprach er das Wort. Und dachte dabei wieder: Herrgott! Alles das ist ja doch gar nicht so — Was tue ich denn da — was tue ich — Das darf doch gar nicht sein — und ist nicht Wirklichkeit! Und dabei sah er die Finger des Geheimrats zwischen den seinen — sah er, wie die Augen, die hinter den schwarzen Gläsern so groß und schimmernd erschienen, ihn seltsam suchend anstarrten, und hörte, wie der andere mit leiser, abschließender Stimme sagte: „Dann muß ich Sie nur vielmals um Verzeihung bitten, Herr von Vassenheim.“ Wie im Traume nahm der Mittelmeister die Fäden aneinander. Kein Wort mehr redete er. Er wollte, wollte. Und sah dann, wie er sich von dem Geheimrat wandte, den Leutnant von Herstorff, der still, ohne sich zu rühren, sehr bleich neben dem Schreibische stand. Und sahste es wie einen Schlag: Dieser glaubt dir nicht! Dieser — der arme Leutnant da — der weiß es — „Herr von Herstorff,“ sagte er. Die Stimme wollte kaum. Sein Sinn berührte

leicht den roten Araan. Der rechte Arm zuckte ein wenig auf und sank gleich wieder. Der andere hielt seine Hände selbstiam straff am Leibe. „Herr Mittelmeister —“ Nur die Silberporen klirrten — lachten — Der Mittelmeister ging über den weichen Teppich. „Ah war's, als wankte dieser Boden. Er dachte immer nur: Der weiß es — dieser eine Mensch — der weiß es — Er öffnete die Tür nach dem Herrenzimmer. Als eine fremde Welle, die kam und schwoh und wieder in ein Nichts verlor, drang heiteres Stimmengewirr herüber in den stillen Raum. Dann war er fort. — Ein halb Jahr später hatte Peter von Herstorff sein Kommando zur Reichsküche in Hannover, und ritt in der Bahn, in deren Mitte der Mittelmeister Kurt von Vassenheim die Longepetische schwang.

und daß, wie er über den Platz geschritten war, die Ankalode einer Elektriichen immer wieder aeklungen hatte — — tafmäßig, hell, wie kurze tönende Hammerschläge. „Recht istraf er auf. Hier kam sein Ziel — Von weitem schon suchte sein Bild. Er wußte: dort drüben, auf der andern Seite, das vierte oder fünfte Haus — die kleine, schon ein wenig altmodische Villa hinter dem schmalen Vorgarten — Es trieb ihn weiter — Und dabei mußte er sich, ohne klar zu sein, warum ihn diese lange einaciaraten Bilder gerade jetzt wiederum suchten, erinnern, wie er damals — wie lange war das her! — ein Tugend Jahre — nein, länger, viel, viel länger! — wie er damals, wenn er aus dem Adettenhaus in Groß-Pichterfelde auf Sonntagausflügen kommen durfte — oder zu Wochenenden, oder zu Eltern — wie er da diese Strecke immer schon aeklaufen war, es kaum erwarten und ertragen konnte — Und wie sie dann stets schon am Fenster stand und nach ihm ausblickte und winkte, Wie ihre Hände ihn umarmten — und er dann tat, als wehrte er diese für einen künftigen Räubrich zu weichliche Rärtlichkeit — und doch so allklich war — Er dachte vötklich: Mutter — Mutter! (Fortsetzung folgt.)

Wart Einkommen sei nichts anderes als ein Grobchen. Bei den Leistungen an das Reich müsse man mit gleichen Größen rechnen. Der Stanzler wendet sich dann zur Tilgung der Reparationsschulden zu und betont, daß diese tausenden Schulden aus laufenden Einnahmen zu decken seien. Darin liege das Ziel, dem Deutschland zuzustreben müsse. Im einzelnen schildert dann Dr. Wirth das Steuerprogramm der Regierung, das einen Ausbau der direkten und indirekten Steuern vorsieht und insgesamt 80 Milliarden Papiermark einbringen soll.

Zum Schluß seiner Ausführungen legt der deutsche Reichstanzler Wert auf die Feststellung, daß soziale Gesichtspunkte, aber auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Volkes bei der neuen Finanzreform berücksichtigt worden sind. Unter dem Gesichtspunkt des Hauses fordert der Stanzler die Gerechtigkeit in der Sanktionen (die er PreSSIONen nennt) Frage und für Ober-schlesien.

In der anschließenden Debatte ergreift zunächst der Vertreter des Zentrums, der Abg. Trimborn, das Wort und unterstreicht die Worte des Oberpräsidenten. Zu den Steuer-sanktionen und Überschüssen. Zu den Steuer-sanktionen will sich dieser Redner nicht fragen selbst, da hierzu eine ganz besondere Prüfung erforderlich sei. Auch der deutsch-nationale Abg. Helfferich schließt sich den Worten über Ober-schlesien und die Sanktionen an, hätte sie aber lieber noch ein wenig schärfer gehört. Der Redner wird von der äußersten Linken mit so großem Gern und dauernden Zwischenrufen unterbrochen, daß er minutenlang nicht sprechen kann. Man ruft ihm von links zu: „Sie sind an allem schuld!“

Als wieder Ruhe im Hause eingetreten ist, unterzieht Helfferich das Steuerprogramm der Regierung einer scharfen Kritik und betont unter lebhaften „Sehr richtig“-Rufen der Rechten, daß die Erfüllung des Ultimatums unmöglich sei. Sofort tritt ihm der sozialistische Abg. Keil entgegen, der Helfferich das Recht abspricht, Kritik zu üben, und der verspricht, daß die Mehrheit alles zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen tun wolle.

Preussischer Landtag.

Berlin, 5. Juli 1921.

Ueber dem Hause liegt Ferienstimmung, es ist dementsprechend schlecht besucht. Zunächst erledigt man einige Kleinigkeiten und dann wendet man sich zum Etat der Domänenverwaltung. Als erster Redner tritt der Abg. Stendel von der Deutschen Volkspartei auf, dessen Temperament selbst heute einige Erregung in das Haus bringt. Er wendet sich gegen sozialdemokratische Vorschläge über die Selbstbewirtschaftung der Domänen und gegen die Politik des früheren Landwirtschaftsministers Braun und macht selbst einige zweckmäßige Vorschläge zur Durchführung des Siedlungswesens. Im übrigen spricht er dem jetzigen Landwirtschaftsminister Warmbold das Vertrauen aus.

Ebenso wie sein Vordredner hält auch der Demokrat Dr. Wendorf die Verpachtung der Domänen an Private für die geeignetste Wirtschaftsform im Gegensatz zu der von den Sozialisten geforderten Selbstbewirtschaftung der Domänen. Um diese sozialistische Forderung entsteht eine längere Debatte, in die der Landwirtschaftsminister Warmbold und Staatssekretär Ramm eingreifen, die für die Verpachtung der Domänen eintreten und die Abstellung einiger gerügter Mängel zusagen, während der Unabhängige Jürgenson Bewirtschaftung der Domänen durch den Staat fordert. Schließlich beendet man die Debatte und vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr.

Berlin, 6. Juli 1921.

Der preussische Landtag, der am 15. d. M. in die Ferien gehen will, erledigte heute mit Eile einige kleinere Vorlagen und den Domänenetat, der mit einigen Änderungen angenommen wurde. Der Entwurf über die Stärkung der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin wird einem Ausschuss überwiesen. Auch das Ueberalterungsgefeß verschwindet in einem Ausschuss.

Ein deutschnationaler Antrag auf Aufbesserung der Bezüge von Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen der Beamten, die früher in den besetzten Gebieten amtieren, geht an den Ausschuss für Beamtenangelegenheiten.

Nachdem noch eine große Anfrage der S. P. D. über die Kündigung der Generals- und Pachverträge beantwortet ist, vertagt sich das preussische Parlament auf Donnerstag.

Deutsches Reich.

Die Reparationsverhandlungen. Der „Intransigent“ veröffentlicht Einzelheiten über ein Abkommen zwischen den deutschen und französischen Delegierten. Es handelt sich um Warenlieferungen und Rohmaterialien im Werte von 15 Milliarden. Diese sollen nicht nur für den Wiederaufbau in Frage kommen, sondern auch für die Belieferung der Gebiete mit Waren. Auch soll der Einkauf von 500 deutschen Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwagons geplant sein. Mit der Lieferung der Modelle für die Holzhäuser, die aus dauerhaftem Material hergestellt sein sollen, wird in nächster Zeit der Anfang gemacht, ohne den Abschluß eines endgültigen Abkommens abzuwarten. Die Modelle wer-

den in verschiedenen Gebieten der zerstörten Zone aufgestellt, damit sie von den Beteiligten besichtigt werden können. Aus dem Abkommen geht nicht hervor, in welcher Zeit diese Lieferungen von Frankreich bezahlt werden müssen. Der Austausch der Unterschriften soll durch Voucher und Matjenau in Wiesbaden erfolgen.

Die Winterung der Rheinbrücken. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat der Vorschalterskonferenz mitgeteilt, daß die Einrichtung von Pulvertammern, die von den Besatzungstruppen an den Pfeilern der Brücken von Düsseldorf, Ludwigshafen, Worms und Mainz vorgenommen wurden, keine Verletzung im Waffenstillstandsabkommen, im Friedensvertrag oder im Rheinflandabkommen habe. Die Vorschalterskonferenz hat darauf erwidert, daß sie sich dem Standpunkt nicht anschließen. Diese Arbeiten wären für die Sicherheit der Besatzungstruppen unerlässlich. Die Arbeiten dürften daher nicht eingestellt und die ausgebohrten Pulvertammern nicht zugemauert werden.

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde mit Stimmenmehrheit die Zulassung der Frau zum Richteramt abgelehnt.

Wie es heißt, beabsichtigt Staatssekretär Bergmann, nach Erledigung der Pariser Verhandlungen aus dem Staatsdienst auszuschcheiden.

Der Bevollmächtigte der deutschen Regierung und Leiter der deutschen Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilislandene, Herr Gustav Hilger, ist aus Moskau in Berlin eingetroffen.

Der Vorkostenrat des Reichstages beschloß, den Wiederaufbau des Reichstages nach der Sommerpause auf den 6. September festzusetzen.

In Berlin droht ein allgemeiner Ausbruch der Straßenbahn-, Gas- und Elektrizitätsarbeiter aus Sympathie für die streikenden Gutsarbeiter. Am Mittwoch fanden in allen Betrieben Urabstimmungen statt.

Ausland.

Oesterreich.

Die Verpändung der österreichischen Staatseinkünfte. Um im Falle des Zustandekommens der Auslandskredite nicht durch die Parlamentsferien behindert zu sein, hat die Regierung dem Nationalrat ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, das sie in den Stand setzen soll, die für die Kreditaktion erforderlichen Sicherstellungen und sonstige Maßnahmen zu treffen. Insbesondere soll die Regierung ermächtigt werden, die Erträge der Zölle, des Tabakmonopols und der Staatsforsten zur Sicherstellung dieser Kredite ganz oder teilweise zu verpfänden. In den erläuternden Bemerkungen der Vorlage, die gleichzeitig die Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses, der aus Vertretern der kreditgewährenden Länder und aus Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen bestehen soll, vorkommt, wird erklärt, daß man bei der technischen Durchführung trachten werde, die Verfügungsfreiheit des Staates tunlichst uneingeschränkt zu erhalten.

Frankreich.

Vertagungen der Konferenzen? Während der „Intransigent“ berichtet, daß die Sitzung des Obersten Rates vor dem 1. August in Paris oder Brüssel stattfinden werde, erklärt die „Times“, daß in London noch keine Einladung zu einer Konferenz eingetroffen sei. Es könne daher noch nicht von einer Entscheidung in dieser Frage gesprochen werden. Die für den 5. Juli in Paris angekündigte Besprechung der alliierten Finanzminister ist auf den 15. Juli nach London verlegt worden.

Türkei.

Der Krieg in der Türkei. Die alliierten Truppen in Konstantinopel sind gefechtsbereit, da die Vortrupps der Kemalisten sich der Hauptstadt auf etwa 15 Kilometer genähert haben. Die Türken melden weiteren Vormarsch ihrer Truppen. Aber auch die Griechen behaupten, in Richtung auf Ismid Erfolge gehabt und die Türken aus der Stadt vertrieben zu haben. Sie berichten auch, daß die Türken bei den letzten Kämpfen erhebliche Verluste gehabt hätten.

Indien.

Ausstand in Indien. Aus London wird gemeldet: Nach einem amtlichen Telegramm des Vizekönigs haben Scharmittel in Indien zwischen regulären Truppen und schwachen Abteilungen stattgefunden, die zu feindlich gesinnten Volksstämmen der Gegend von Wana Kohat gehören.

Die Konferenz von Porto Mosa ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Minister Devezze hat der belgischen Kammer mitgeteilt, daß der Kriegsetat ungefähr 1 1/2 Milliarden betrage, worin jedoch die Schadverrentung und Pensionen nicht einbezogen sind.

Der König und die Königin der Belgier sind in der Londoner Guildhall feierlich vom englischen Königspaar empfangen worden. Sie haben den König und die Königin von England zu einem Besuch in Brüssel eingeladen. Die Einladung wurde angenommen. Das spanische Kabinett ist zurückgetreten, jedoch hat der König erneut dem zurückgetretenen Kabinett sein Vertrauen ausgesprochen.

heimatliches.

Nastätten, 8. Juli 1921.

Der Krieger- und Militärverein „Einheit“ spendete für den Ehrenfriedhof den Betrag von 400 M. — Kommanden Sonntag unternimmt der Verein einen größeren Familienausflug. Die Abfahrt erfolgt früh 6 Uhr mit Leiternwagen bis Braubach; dortselbst Besichtigung der Marksburg, sodann Weiterfahrt mit der Bahn bis Ehrenbreitstein zum Besuche des „Roten Hahnen“.

Wohnungsbaun. Herr Peter Dillenberger, aus dem benachbarten Delsberg gebürtig, der vor Jahresfrist aus Amerika, wo er 30 Jahre geschäftlich tätig gewesen, zurückgekehrt ist, hat dieser Tage sein von Herrn Bauunternehmer Konrad Hehner erbautes Haus in der Rheingaustraße bezogen. Herr Dillenberger ist somit unser Mitbürger geworden. Der Bauunternehmer hat hier Schönheitsplan mit praktischem Sinne verbunden; das Ganze macht seinen Erbauern alle Ehre.

Bermieter-Glend und Handwerk. Erbauungslös schreit das Unheil über die Hausbesitzer dahin. Zu allem Hunger nächsten neue Steuern. Unter den Füßen zertrümmert das Glend alles, was mit dem Hause zusammenhängt. Auch das, was daraus indirekt sein Dasein fand. Ein Krieg auf Leben und Tod brennt heulend, lohend, vernichtend zwischen dem Grundbesitz und den Genießern. In seinen Klammern sieht auch das Handwerk seine Hoffnung, seine Zukunft, sich verzehren. Der Untergang des Hausbesitzes bedeutet den Untergang des Handwerks, das zum großen Teile von ihm abhängig ist. Wo nicht mehr gebaut oder wenigstens repariert werden kann, verrottet das Handwerkszeug, verrottet die Farbe, verlumpt das Schurzfell. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen überliefert unzählbare dem Mangel und ist dem Handwerk ein Todesurteil. Was hilft es, wenn Staat und Gemeinden den Unternehmer im Wohnungsbau abgelöst haben, wenn sie zu Gunsten Weniger ungeschickliche Bauten herstellen, deren Kosten durch Steuern beigetrieben werden, welche der Handwerker zum größten Teil als Gewerbesteuer und dergleichen selbst bezahlen muß? Die Höchstmietenordnung macht alle private Baulust zu Schanden, darum schreit das Handwerk nach ihrer Beseitigung. Niederschmetternd hat der einstimmige Beschluß der Generalversammlung des Gewerbevereins für Nassau am 30. Mai im Kurhause zu Wiesbaden, welcher die sofortige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft verlangt, auf die Anhänger dieser bejammernswürdigen Verlegenheitspolitik gewirkt. Darum fort mit dem Zwange. Freie Bahn! Nurdann kann das Handwerk wieder erstarren. Jeder Mann muß zum Manne stehen im Streite gegen den Unverstand, welcher erschütternd deutlich im Zwangswohnungswesen hervorgetreten ist. Fort mit ihm so schnell wie möglich!

Diethardt, 8. Juli. Am Sonntag, den 24. Juli wird der junge Turnverein Diethardt-Weidenbach sein erstes Turnfest veranstalten. Schon jetzt werden die Vorbereitungen in großem Eile getroffen. Die Turnvereine der näheren und weiteren Umgebung werden zu dem Feste eingeladen und werden gebeten, sich an dem Schauturnen, Stafettenlauf etc. zu beteiligen. Volkstümliche Spiele für Jung und Alt sollen zur Verherrlichung des Ganzen beitragen, während eine große Musikkapelle auf dem Tanzplatz auf der Schulwiese zum fröhlichen Tanz aufspielen wird. An alle, die uns die Ehre ihrer Teilnahme schenken wollen, soll schon heute der Ruf ergehen: „Bringt Stimmung und Frohsinn mit.“ Näheres wird in den Einladungen und in der Nastätener Zeitung bekanntgegeben werden. P.

Braubach, 6. Juli. Gestern wurde hier eine weibliche Leiche aus dem Rhein gelandet; dieselbe wurde als eine Frau Menges aus St. Goarshausen festgestellt. Die Angehörigen haben dieselbe heute nach dort überführt.

Camp, 7. Juli. Rentner Prumm, eine in hiesiger Gegend sehr bekannte Persönlichkeit, hat vorgestern Abend in Osterpai seinem Leben ein Ziel gesetzt, indem er sich mit einem Jagdgewehr erschöß.

Laufenfelden, 8. Juli. Die Gemeinde-jagd geht am 1. August in andere Hände über. Der Pachtzins betrug bisher zirka 4000 Mark. Der Jagbezirk wurde jetzt in drei Bezirke geteilt, die als getrennte Jagden vergeben wurden. Der Gesamterlös beträgt über 21 000 Mark jährlich. — Der Holzerlös aus dem Gemeinewald betrug 1920 750 000 Mark, im Jahre 1921 690 000 Mark. Unter diesen Umständen braucht unsere Gemeinde nicht ängstlich im Bauen zu sein.

Kemel, 6. Juli. Im Alter von 72 Jahren starb dahier der Gemeinerechner Schneider.

Wiesbaden, 7. Juli. Der liberale allgemeine Lehrerverein hat unter seinen Mitgliedern eine Abstimmung über den Religionsunterricht veranstaltet. Es stimmten für den Unterricht 96 Prozent, für Weltanschauungsunterricht 1 Prozent, für weltliche Moral 4 Prozent, für Moralsunterricht 25 Prozent, für bekennnismäßigen Religionsunterricht 90 Prozent, für interkonfessionellen Religionsunterricht 4 Prozent, für Konfessionsschule 8 Prozent, für Simultanische 86 Prozent, gegen unmittelbare kirchliche Aufsicht 92 Prozent. — Die französische Kunstausstellung (Diebrücker Schloß und Paulinen-Schloßchen) wird vom 7. Juli an für das Publikum an jedem Donnerstag bei freiem Eintritt zugänglich sein.

Homburg, 6. Juli. Der kommunistische Stadtrat Jakob Peter wurde von seiner Partei ausgeschlossen, weil er anlässlich eines katholischen Feiertages an der Ausschmückung von Altären half.

Vermischtes.

Holztransport nach Sachsen. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat dem von den Verteidigern des Holz an sie gerichteten Ersuchen, ihren Klienten bei einem etwaigen Transport begleiten zu dürfen, stattgegeben. Holz wird also im Falle eines Transports nach Dresden, falls die Dresdener Staatsanwaltschaft seine dortige Aburteilung wegen der Vogelfänger Vorwürfe für notwendig hält, oder — wenn der Prozeß nicht zustande kommt — bei seiner endgültigen Ueberführung in ein Richtshaus von einem seiner Verteidiger begleitet werden.

Die goldene Zigarrenkiste des Militärdars. Dem bekannten amerikanischen Multimillionär Schwab war eine goldene Zigarrenkiste gestohlen worden und, wie man nach schwierigen Ermittlungen feststellen konnte, durch einen amerikanischen Matrosen William nach Berlin gebracht worden. Nach langen diplomatischen Verhandlungen wurde die Berliner Kriminalpolizei mit der Angelegenheit beauftragt und es gelang ihr, die Kiste zu ermitteln. Sechs Personen wurden wegen Hehlerei angeklagt und hatten sich kürzlich vor der Berliner Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da die Verteidiger unter Beweis stellten, daß die wertvolle Kiste auf rechtmäßige Weise bei einer Auktion in Amsterdam erstanden worden ist.

Das der preussischen Regierung gehörige Kloster Grünau, mit der berühmten Barockkirche, einer der prächtigsten und schönsten Kirchen Schlesiens, ist an den Orden der Benediktiner verkauft worden. Der Kaufpreis soll, wie das „N. Z.“ meldet, 5 Millionen Mark betragen.

Die Hinterlassenschaft Carnegies beläuft sich, wie jetzt festgestellt wurde, auf „nur“ 25 Millionen Dollar. Es hat sich jedoch ergeben, daß der Erblasser im Laufe seines Lebens mehr als 350 Millionen Dollar an Wohltätigkeitsorganisationen ver-teilt hat.

Berichtliches.

General Stenger freigesprochen.

Leipzig, 6. Juli. Das Reichsgericht hat heute nachmittag das Urteil in dem Prozeß gegen General Stenger und Major Crusius wegen Gefangenenerziehung gefällt. General Stenger wurde freigesprochen. Major Crusius wurde wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust des Rechtes der Tragung der Offiziersuniform verurteilt. Die Untersuchungshaft von ca. fünf Monaten wird auf die Strafe angerechnet.

Die nächsten Kriegsbeschuldigten-Prozesse, die vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen, sind folgende: Am Donnerstag, den 7. Juli, steht zur Verhandlung der Prozeß gegen den Oberleutnant a. D. Adolf Paule aus Charlottenburg. Es handelt sich hierbei um ähnliche Vorgänge wie in dem Prozeß gegen den Generalleutnant Stenger und Major Crusius. Am 8. Juli wird gegen den Generalleutnant a. D. Hans von Schack und General Bruno Kruska verhandelt, die verantwortlich gemacht werden für eine Typhusepidemie, die im Gefangenenlager Niederzwehren bei Kassel ausgebrochen ist, und zwar angeblich wegen Vernachlässigung von Einrichtungen des Lagers und ungenügender Aufsichtsführung. Für den 12. Juli ist Termin gegen Oberleutnant z. S. Ludwig Dittmar und den Oberleutnant z. S. a. D. John Boldt angesetzt.

66 000 Mark Geldstrafe für Uebertretung der Rationierungsvorschriften. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte die Gräfin Wartenleben, weil sie, trotzdem sie Selbstverforgerin war, für sich und ihr Personal in Berlin sämtliche Lebensmittelkarten bezogen hatte, mit 200 Mark Geldstrafe bestraft. Die Gräfin hatte auf die Karten unberechtigt wöchentlich mehrere Pfund Butter und 5 Liter Milch bezogen. Gegen das Urteil des Amtsgerichts hatte sie Berufung eingelegt mit einem für sie allerdings unerwarteten Erfolg. Das Landgericht erkannte nämlich auf die höchst zulässige Geldstrafe von 66 000 Mark und setzte hinzu, daß auf Gefängnis erkannt worden wäre, wenn die Uebertretung während des Krieges geschehen wäre.

Handel und Verkehr.

Die Kosten des englischen Streiks. Mac Namara erklärte im Unterhause, daß während des Streiks der Vergleute etwa 70 Millionen Arbeitstage verloren gegangen seien. Die der Staatskasse durch den Streik entstandenen Ausgaben betrügen: für Verteidigungskräfte und die Einberufung der Reserven 7 Millionen Pfund Sterling, für die Flotte 1 225 000 Pfund, für Streikkräfte 330 000 Pfund, für die Technische Nothilfe 300 000 Pfund und die Kosten der Regierung für die Vergleute 10 Millionen Pfund Sterling.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen des besetzten Gebietes und zur Erleichterung des Zollverkehrs und der Regelung der Ein- und Ausfuhr hat die Hohe Interalliierte Rheinland-Kommission drei Listen von Waren festgelegt, die vom 28. Juni an ein- und ausfuhrfrei sind. Diese drei Listen betreffen:

1. Einfuhr über die Ostgrenze des besetzten Gebietes;
2. Ausfuhr über dieselbe Grenze;
3. Einfuhr über die Ostgrenze.

Eine vierte Liste von Waren, die frei zur Ausfuhr über die Westgrenze sind, wird augenblicklich vorbereitet und wird demnächst bekannt gegeben werden. Die Hohe Kommission hat weiter noch bestimmt, daß der Verkehr von Wertpapieren, die von Banken des besetzten Gebietes nach Banken des unbesetzten Gebietes gehen, oder umgekehrt, frei ist. **F. Pierre.**

Freiw. Versteigerung.

Wegen Stallumbauten und infolge dessen Platzmangels läßt Herr Arthur Stachly auf Domäne Offenthal bei St. Goarshausen am **Donnerstag, den 14. Juli ds. Js.,** vormittags 10 Uhr, folgendes öffentlich und gegen halbe Barzahlung und Einbindung bis 1. 10. 21. mit 6% Zinsen, meistbietend versteigern:

- 2 2jährige belgische Hengstfohlen
- 1 2jähriges belgisches Stutfohlen (Fuchs)
- 7 1½-2jährige Rinder
- 8 melkende meist junge Kühe
- 2 schwere fette Kühe.

Das Rindvieh ist schwarzbuntes Niederungsvieh, die Rinder und jungen Kühe selbst aus den besten Tieren nachgezogen. Ferner:

- 1 Plano-Selbstbinder, 1 Stiftendrescher, Ausstellungsmaschine, wie neu, 10 Zentner Stundenleistung, marktfr. Frucht, dopp. Reinigung, 1 Dreischaar- und 1 Bierschaar-Wendepflug und 1 Grasmäher.

Sämtliche Maschinen sind gebraucht und gut, z. T. sehr gut erhalten. Besichtigung 1 Stunde vorher.

St. Goarshausen, den 5. Juli 1921.

Der Notar:

Pannenbecker, Justizrat.

für die Einmachzeit empfiehlt in prima Qualität

Einfach-Apparate

Konserven-Gläser in enger und weiter Form mit prima roten Gummi-Ringen.

Steintöpfe, Einmachständer in allen Größen zu den billigsten Preisen

Kaufhaus SALOMON STERN, Nastätten.

Radsport!

Offerierte Herren-, Damen- und Invaliden-Fahrräder von 850 M an. Mäntel von 45 M an. Schläuche von 17 M an. Freiläufe komplett von 160 M an. Motorrad- und Auto-Bereifungen. Großes Lager von sämtlichen Ersatzteilen und Zubehör. Ebenso stehen stets 20 bis 25 Fahrräder zur Auswahl in jeder Ausführung und Preislage. Vertretung erster Fahrrad-, Motorrad- und Motormagen-Fabriken wie: „Doppel“, „Redarjulum“ und anderer ersten Fabriken. **Maschinengeschäft und Reparaturanstalt J. Deckert, Nastätten, Oberstraße 6.**

Heraus aus dem Wohnungselend kommt man nur durch

Neubau.

Zu den vorteilhaftesten und billigsten **Baustoffen** gehören in erster Linie

Kalksandsteine (Sartziegel)

Nach einem neuen Verfahren werden dieselben in nur bester wetterbeständiger Qualität hergestellt und in jeder Menge zu billigsten Preisen geliefert.

Erstes Nassaulisches Kalksandsteinwerk

Inh.: **N. Schüller, Ehrenbreitstein a. Rhein.**

Werk: Niehlen, Telefon 45 (Amt Nastätten), Büro: Ehrenbreitstein, Tel. 2200 (Amt Coblenz).

Bevor Sie Ihren Bedarf in

Wagenachsen, Wagenreifen

und **Beschlägen** decken, holen Sie Preise ein und Sie werden finden, dass Sie bei uns am besten und billigsten bedient werden. **Karl & Theodor Wagner, Nastätten.**

Flügel Pianos



Mand - Knauss - Kappler

in Ia. Friedens-Qualität

zu bequemen Zahlungsbedingungen.

C. MAND

Telefon 5 - COBLENZ - Schlossstr. 36-38

Feinste neue **Matjes - Serringe** Ia. neue **Kartoffel** frisch eingetroffen. **Ed. Schüler, Nastätten.**

Häckselmaschinen
Buttermaschinen
Räucher-Apparate
Oefen: Herde
Zink-Eimer
Ketten: Sägen

zu haben bei **E. KNOCHE, Nastätten** - am Rathaus. -

Ia. Speise-Eis

(Vanille, Schokolade, Zimbeer) empfiehlt für kommenden Sonntag **Konditorei Hagel** Nastätten (Nähe Bahnhof).

Honig-Gläser

mit Binderband und mit Schraubdeckel empfiehlt **H. J. Peters, Nastätten.**

Achtung!

Alle Sorten Kopfwasser, Parfümerien und Toilette-Artikel. Als besondere Spezialität:

Trikallo - Kopfwasser

Preis nur 13,50 M. Zu haben im Damen- und Herrenreifeurgeschäft **Bernhardt** Adolfsplatz 1. Adolfsplatz 1

Sesamkuchen
Kokoskuchen
Erdnußkuchen wieder eingetroffen. **Wilh. Gill, Nastätten.**

Fliegen-Fänger
Bremsen-Oel stets zu haben.

Apotheke in Nastätten.

Zahn-Bürsten
Zahn-Creme
Zahn-Pasta empfiehlt

Friseurgeschäft Anton Kern Nastätten: Hauptstraße.

Sommerprossen

Das wundervolle Geheimnis ihres Verschwindens teilt allen Leidensgefährten kostenlos mit **E. Sternberg, Berlin D. 326. SW.,** - Junkerstraße 13. -

Formulare: **Ein- und Ausfuhr-Genehmigungen** zu haben **Müllersche Buchhandlung** Nastätten: Bahnhofstraße.

Mädchen

in gute Stelle nach Bonn gesucht. Junges zum Anlernen bevorzugt. Näheres in der Geschäftsstelle des W.

Habe im Kornacker an der Eisenbahnverstraße Wst gestreut. **Adam Schreiner.**

2 Pferde

(Mittelschlag) ein- und doppelspännig gefahren, 6. bzw. 12-jährig, stehen zum Verkauf bei

August Minor, Wiesbaden, Mainzstr. 98 Fernsprecher 3478.

Junger Hund

(10 Wochen alt) zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Haar-Uhrketten

werden kunstgerecht nach verschiedenen Modellen angefertigt. Anfertigung auch von ausgemähten Paar unter Garantie.

Albert Spriestersbach Damen- und Herrenreifeurgeschäft **Nastätten** (a. d. ev. Kirche).

Amlich geprüfte

Fieber-Thermometer

zu haben in der **Apotheke in Nastätten.**

Möbel-Beschläge

in Messing und Altsdeutsch empfiehlt **E. Knoche, Nastätten** - am Rathaus. -

Großer Vorrat

Astern Balsaminen
Strohblumen, Syconien
Knollen-Syconien
Geranien, Fuchsien pp. geeignet für Graberschmuck und Blumenkästen wegen Räumung zu sehr billigen Preisen in der **Gärtnerei E. Wölfert** Nastätten: Oberstraße.

Einmachzucker

Ia. Auslandsware empfiehlt billigt **Ed. Schüler, Nastätten.**

Camembert-, Edamer-, und Handkäse

Oel-Gardinen empfiehlt **Wilh. Gill, Nastätten.**

Heirat.

Ehrenabnahme für Damen kostenlos, für Herren bei **Rikolaus Theisen, Coblenz, Vühlgasse 2b.** (Porto beifügen).

Endivien-Pflanzen

Winterkohl-Pflanzen
Rosenkohl-Pflanzen

Gemüse-Pflanzen

empfiehlt **Gärtnerei E. Wölfert** Nastätten: Oberstraße.

Turnverein Niehlen.

Sonntag, den 10. Juli 1921

Großes

Schau-Turnen

Tanz und Kinderbelustigung.

Beginn 3 Uhr nachmittags. Beginn 3 Uhr nachmittags.

Turn- und Sport-Verein Bogel.

Sonntag, den 10. Juli 1921, veranstaltet der „Turn- und Sport-Verein Bogel“ im Garten des „Hotel Ruppmann“ ein

Sport-Fest.

Vormittags 10 Uhr: Beginn der Spiele; Nachmittags 1 Uhr: Ausstellung des Festzuges;

Anschließend: Tanzbelustigung!

Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Auf nach Mündeneroth!

Sonntag, den 10. Juli 1921

große Tanzmusik

bei Henninger Bier! im Freien bei Henninger Bier! wozu freundlichst einladet **Gastwirt Maus.**

Musik: Strüßer Kapelle!

Eine Hausfrau sagt der anderen: **„J. Webe“** Seifen u. Seifenpulver. Es sind die besten! **Alleiniger Fabrikant** **Joh. Will. Bauer,** Dampf-Fabr., Friedriehs (Lahn) Kein Ladenlokal! Kein Ladestandort! Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.

WECK Konservengläser und Sterilisier-Apparate für jeden gut und sparsam geführten Haushalt!

Ia. rote Gummiringe für alle Sorten Gläser in garantierter Friedensqualität zu haben bei **E. Knoche, Nastätten (am Rathaus).**

Neueste billigste Preise!

Sind Sie Motorliebhaber?

Dann veräumen Sie nicht die neuesten Motor- und Installations-Preise beim **Installation-Geschäft Karl Michel in Bogel** einzuholen. Sämtliche einschlägigen Artikel sind stets auf Lager. Ebenso bestes Motor-Oel.

Neueste billigste Preise!

Dampfärberei und chemische Reinigungsanstalt **Karl Döring, WIESBADEN** Drudenstrasse 5 Spezial-Geschäft I. Ranges Tel. 6149 u. 5270 übernimmt alle einschlägigen Arbeiten bei sauberster Ausführung. Schnellste Lieferzeit! Zu soliden Preisen! Annahmestelle für Nastätten und Umgebung: **Albert Spriestersbach, Frieseurgeschäft, Nastätten,** Römerstrasse 55 (an der evgl. Kirche).